

Kritik von SPD und Grünen

Melle: „Überflüssiger Vorstoß von CDU und FDP“

Melle. Eine „parteipolitische Vereinnahmung“ des Themas „Sozialkonferenz Senioren“ werfen Vertreter der Grünen und der SPD Christdemokraten und Liberalen vor. Die hatten angekündigt, mit eigenen Aktionen das Thema „Senioren“ in der Stadt voran bringen zu wollen (Ausgabe vom Dienstag vergangener Woche). Aus Sicht von Roten und Grünen ein „vollkommen überflüssiger Vorstoß“.

„Die Beschlusslage im Sozialausschuss ist eindeutig. Das Thema Senioren soll noch im Herbst dieses Jahres mit einer dann 3. Sozialkonferenz für Melle angegangen werden“, erklärt Hubert Reise als sozialpolitischer Sprecher der SPD-Stadtratsfraktion. Zunächst allerdings wird sich die 2. Sozialkonferenz mit dem Thema „Jugend“ befassen. Diese zweite Konferenz soll noch vor der Sommerpause abgehalten werden. Das hatte der Sozialausschuss im vergangenen Jahr mit den Stimmen von SPD und Grünen entschieden. Die Christdemokraten wollten die Seniorenkonferenz an Nummer zwei gesetzt sehen, unterlagen aber in der Abstimmung.

Der Bedarf für eine umfangreiche Weichenstellung vor dem Hintergrund des demografischen Wandels werde durchaus von allen Parteien gesehen, betont Reise. „Richtungsweisende Entscheidungen sollten im Dialog mit möglichst vielen Beteiligten und Betroffenen auf den Weg gebracht werden“, erläutert Reise das Konzept der Sozialkonferenz.

Ursula Thöle-Ehlhardt von den Grünen ergänzt: „Die Vorüberlegungen für dieses sozialpolitisch wichtige Thema sind im Sozialausschuss bereits diskutiert worden. Viele Faktoren spielen mit hinein. Etwa die soziale Absicherung im Alter, Diskussionen über generationsübergreifende Wohnformen, die Mobilität und der Nahverkehr, Freizeitgestaltung, ärztliche Versorgung, gesellschaftliche Teilhabe, aber auch die Sicherstellung von Pflege und Betreuung – es ist ein riesiges Paket an wichtigen Themen.“ In einer breit aufgestellten Sozialkonferenz würden die Weichen gestellt für eine grundlegende Ausrichtung und weitere Entscheidungen. Deshalb sei es wichtig, dafür möglichst viele Akteure und deren Kompetenzen mit ins Boot zu holen.

Beide Fraktionssprecher weisen deshalb darauf hin, dass eine parteipolitische Vereinnahmung dieses „wichtigen sozialpolitischen Themas“ zu vermeiden sei. „Entscheidungen werden nach Vorbereitung durch die Sozialkonferenz im Sozialausschuss und im Rat der Stadt getroffen und nicht auf Parteiveranstaltungen“, so Reise und Thöle-Ehlhardt zu dem aus ihrer Sicht „vollkommen überflüssigen Vorstoß von CDU und FDP“.

(Quelle: Meller Kreisblatt; online veröffentlicht am 04.02.2014 unter:

<http://www.noz.de/lokales/melle/artikel/448380/melle-uberflussiger-vorstoss-von-cdu-und-fdp>)